

# Kommunalwahlprogramm 2020

**Fortschritt**

**durch Digitalisierung,**

**nur mit uns.**

**Chancen für Grevenbroich.**

**Freie  
Demokraten**

Grevenbroich **FDP**

## Kontakt

FDP Grevenbroich  
Deutsch-Ritter-Allee 27, 41515 Grevenbroich  
Tel.: 02181 - 61300  
E-Mail: [geschaeftsstelle@fdp-grevenbroich.de](mailto:geschaeftsstelle@fdp-grevenbroich.de)  
[www.fdp-grevenbroich.de](http://www.fdp-grevenbroich.de)



[facebook.com/FDPGrevenbroich](https://www.facebook.com/FDPGrevenbroich)



[https://www.instagram.com/fdp\\_gv/?hl=de](https://www.instagram.com/fdp_gv/?hl=de)



<https://twitter.com/FDPGV>

V.i.S.d.P: FDP Grevenbroich, Deutsch-Ritter-Allee 27, 41515 Grevenbroich

## Chancen für Grevenbroich.

Bei uns in Grevenbroich ist es doch immer noch am schönsten. Diese positive Haltung ist es, die Kommunalpolitik ausmacht und der Grund, warum sich so viele Freie Demokraten hier engagieren: Wir wollen unsere Heimat in der nächsten Wahlperiode des Rates noch besser machen. Grevenbroich ist mehr als nur die Innenstadt, sondern vielmehr die Summe seiner Ortsteile und der Menschen. Als Freie Demokraten treibt uns an: Unser Einsatz für mehr Chancen durch mehr Freiheit, ein Herz für unsere Heimatstadt Grevenbroich mit all ihren Facetten und sehr viel Leidenschaft für Kommunalpolitik.

Mehr Chancen für mehr Menschen ist dabei Kernziel unserer Arbeit. Denn vor Ort entscheidet sich ganz wesentlich, ob jede und jeder die faire Chance hat, das Beste aus seinem Leben zu machen. Wir wollen sozialen Aufstieg unabhängig von der Herkunft, der Bildungsabschlüsse der Eltern oder dem Wohnort ermöglichen. Entscheidend dafür ist der Zugang zu weltbesten Bildung – jede und jeder soll hier bei uns in Grevenbroich seinen eigenen Lebensweg beginnen und gestalten können.

Auch und gerade hier bei uns vor Ort wollen wir Chancen erkennen, sichern und vergrößern – für Familien und für die junge Generation, die mit allen Chancen auf die Verwirklichung ihrer individuellen Träume aufwachsen soll. Für die Seniorinnen und Senioren, die ein aktives und selbstbestimmtes Leben auch im Alter genießen möchten und sich einbringen können. Für die Unternehmerinnen und Unternehmer, die hier die besten Bedingungen finden sollen, um ihr Unternehmen zu gründen, anzusiedeln oder sein Fortbestehen, seine Entwicklung und die Arbeitsplätze zu sichern. Diesen nie endenden Prozess begleiten wir stets mit Optimismus. Für alle Bürgerinnen und Bürger, die ungeduldig darauf warten, dass Verwaltung und Stadtentwicklung die Möglichkeiten der Digitalisierung auch nutzen und die darauf setzen, dass die Dinge funktionieren und der Staat es ihnen einfach macht.

Wir Freien Demokraten sind optimistisch, mutig, lösungsorientiert, empathisch und weltoffen. Wir stehen für eine Politik, die die Bürgerinnen und Bürger mitnimmt, sich erklärt und die Gemeinwohl statt Partikularinteressen im Blick hält. Wir setzen auf einen in der Sache kontroversen, im Grundsatz aber konstruktiven Umgang mit den anderen Parteien und Wählervereinigungen des demokratischen Spektrums und mit der Verwaltung. Wir sind für Anliegen, Fragen, Anregungen und Ideen der Bürgerinnen und Bürger stets ansprech- und erreichbar. Wir verpflichten uns einem Politikstil, der konstruktiv im Umgang, klar in der Sache und kommunikativ im Auftreten ist.

# Inhalt

Digitalisierung	5
Moderne Stadtverwaltung	8
Strukturwandel, Wirtschaft & Stadtfinanzen	9
Jugendhilfe	11
Schule	13
Sport	15
Soziales, Demografie & Integration	16
Kultur & Ehrenamt	18
Wohnen & Stadtentwicklung	20
Mobilität & Verkehr	23
Umwelt & Klima	25
Sicherheit & Ordnung	27

# Digitalisierung

Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, dass Grevenbroich ein idealer Standort für Menschen wird, denen Digitalisierung wichtig ist. Das Vorhandensein einer breiten und verlässlichen digitalen Infrastruktur ist Voraussetzung für weltbeste Bildung und Wirtschaft. Somit steht für uns die Digitalisierungsagenda an oberster Stelle. Die Freien Demokraten setzen sich darüber hinaus für eine schnellstmögliche Implementierung der digitalen Möglichkeiten ein. Der Digitalisierung muss endlich der Stellenwert eingeräumt werden, den sie verdient.

- Digitalisierung funktioniert nicht ohne Netze. In der modernen Gesellschaft ist die Versorgung mit schnellem Internet Teil der Grundversorgung. Wir betrachten digitale Teilhabe als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und als Investition in die Zukunftsfähigkeit unseres Standortes. Das Ziel der aktuellen Landesregierung, bis 2025 geschlossene gigabitfähige Netze zu realisieren und alle Schulen und Gewerbegebiete bereits bis 2022 anzuschließen, unterstützen wir entschlossen und wollen unseren „Lückenschluss“ leisten.
- Auch das Mobilfunknetz muss weiter konsequent ausgebaut werden. Wir wollen Genehmigungsverfahren beschleunigen, mögliche Standorte für Funkmasten prüfen und, wo möglich, städtische Flächen und Gebäude bereitstellen. Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, dass auch die neue Mobilfunkgeneration 5G schnellstmöglich flächendeckend in Grevenbroich verfügbar ist. Dies ist die Infrastruktur von morgen. Sie ist zwingende Voraussetzung, um gesellschaftlichen Fortschritt zu ermöglichen. Beispielhaft seien hier die Themen E-Health, Energie, intelligente Mobilität, Industrie 4.0, Smart Farming und Smart City genannt.
- Die Stadt Grevenbroich muss der Digitalisierung der Verwaltung höchste Priorität einräumen. In der Verwaltung muss eine Kultur etabliert werden, die Digitalisierung insgesamt als Chance begreift, einerseits das eigene Arbeitsleben effizienter gestalten zu können und andererseits Dienstleistungen bürgerfreundlicher erbringen zu können. Die Verwaltungsspitze muss daher alle Mitarbeiter animieren und positiv begleiten, die Digitalisierung weiter zügig voranzutreiben. Ohne ein hohes Maß an intrinsischer Motivation der Verwaltungsmitarbeiter wird die Digitalisierung in unserer Stadt nur mühsam und zögerlich weitergehen.
- Wir begrüßen ausdrücklich die im vergangenen Jahr eingerichtete Stelle, die sich ausschließlich der herausfordernden Aufgabe der Digitalisierung der Stadtverwaltung widmet. Dies interpretieren wir als Implementierung eines Chief Information Officer. Dafür haben wir uns seit langem stark gemacht. Auf Betreiben der Freien Demokraten konnten wir erreichen, dass jährlich ein Digitalisierungsbericht der Stadtverwaltung öffentlich vorgelegt wird. Die bisher von Seiten der Stadtverwaltung vorgelegten Digitalisierungsberichte haben deutlich gemacht, dass die Aktivitäten hinsichtlich der Digitalisierung nach wie vor stark ausbaufähig sind und sie bei Bürgermeister Klaus Krützen keine hohe Priorität genießen.
- Der durch das Coronavirus in Gang gesetzte Digitalisierungsschub darf nach der epidemischen Lage nicht enden. Es ist hierfür notwendig, dass dies von der Verwaltungsspitze zur Chefsache erklärt wird. Wir erwarten deshalb, dass die Stadtverwaltung den jährlichen Digitalisierungsbericht zeitnah zu Beginn des jeweiligen Jahres vorlegt, um sichtbar zu machen, welche Schritte im laufenden Jahr hinsichtlich der Digitalisierung unternommen werden und eine öffentlich nachprüfbare Erfolgskontrolle erfolgen kann.

- Es ist nach unserer Auffassung wichtig, dass sämtliche Geschäftsprozesse der Verwaltung im Sinne einer E-Government-Strategie komplett analysiert, Optimierungspotenziale dabei identifiziert und anschließend digitalisiert werden. Es ist weder für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung noch für die Bürgerinnen und Bürger ein Nutzen zu erkennen, wenn ineffiziente Verwaltungsprozesse digitalisiert werden. Unsere Devise lautet hier: Keine Insellösungen. Bei der Digitalisierung wollen wir einheitliche Konzepte verfolgen. Interkommunale Kooperationen sind daher gerade im IT-Bereich sinnvoll und erstrebenswert. Der Anspruch der Freien Demokraten ist, nicht nur das gesetzlich zwingend Notwendige umzusetzen, sondern sich an den digitalen Modellkommunen in NRW zu orientieren, um das Ziel eines digitalen Rathauses konsequent zu verfolgen. Die Digitalisierung muss den Menschen dienen, das Arbeiten erleichtern und einen Nutzen schaffen.
- Die Digitalisierung hat nicht nur zahlreiche Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger, sondern sie führt, wie aktuell in der Zeit der Corona-Pandemie, auch zu messbaren Effizienzsteigerungen. Freiwerdende Kapazitäten könnten entweder an anderer Stelle reinvestiert oder alternativ abgebaut werden. Wir fordern, diese Digitalisierungsrendite zu beziffern und entsprechend im Haushalt abzubilden.
- Wir wollen das digitale Bürgerbüro so früh wie möglich haben. Kein Bürger soll sich einen Tag Urlaub nehmen müssen, um beispielsweise einen neuen Personalausweis zu beantragen. Darüber hinaus soll die Möglichkeit geschaffen werden, Termine in der Stadtverwaltung online zu vereinbaren. Zusätzlich soll jeder Mitarbeitende der Stadtverwaltung mit unmittelbarem Bürgerkontakt Online-Termine mit Video-Chat-Möglichkeit anbieten.
- Der Einsatz von Chatbots wäre ein weiterer Schritt in diese Richtung. Chatbots als digitale Helfer entlasten einerseits städtische Mitarbeiter in ihrem Arbeitsalltag und andererseits unterstützen sie die Bürgerinnen und Bürger dabei, die für sie relevanten Informationen unabhängig von Öffnungszeiten digital abzurufen.
- Wir wollen, dass die Korrespondenz der Stadtverwaltung mit den Bürgern sowie das Ausstellen von Bescheiden so weit wie nur möglich, und, wenn von den Bürgerinnen und Bürgern gewünscht, digital erfolgt. Dies schont nicht nur die Umwelt, sondern es spart auch Druck- und Portokosten. Ein Beispiel sind die Grundbesitzabgabenbescheide, die auf Wunsch der Bürger online zugestellt werden sollten. Wo möglich, sollen Papierformulare durch digitale Formulare ersetzt werden, die man beispielsweise über einen QR-Code auf städtischen Anschreiben erreichen kann.
- Auf unsere Initiative hin wird in der bevorstehenden Wahlperiode endlich die digitale Ratsarbeit eingeführt. Nun gilt es, noch vor der ersten Sitzung des Rates die Voraussetzungen zur einwandfreien Nutzung der digitalen Ratsarbeit zu schaffen. Dazu gehört mindestens, dass im Bernar-dussaal, wie auch in den Sitzungsräumen der Ausschüsse des Rates, WLAN kontinuierlich und verlässlich zur Verfügung steht. Wir setzen uns dafür ein, dass der Rat und seine Ausschüsse perspektivisch die Möglichkeit erhalten, auch digital zusammen zu kommen. Dies wäre ein weiterer Beitrag zur Vereinbarkeit von kommunalpolitischem Ehrenamt und beruflicher Flexibilität.
- Diese Form der Digitalisierung bietet auch mehr Transparenz und ermöglicht mehr Bürgernähe. Wir setzen uns für die digitale Übertragung des Rates und seiner Ausschüsse ein. Die Sitzungen sollen auch nachträglich online verfügbar sein. Alle Menschen, die sich für das politische Geschehen in der Stadt Grevenbroich interessieren, sollen von allen Stellen der Welt die Möglichkeit dazu bekommen.

- Wir fordern ein Konzept zum schnellen weiteren Ausbau des freien WLANs innerhalb des Stadtgebietes der Stadt Grevenbroich. Dabei sollen alle Bereiche des Öffentlichen Lebens, wie etwa die Stadtbibliothek, das Museum der Niederrheinischen Seele, das Bürgerbüro sowie alle Räumlichkeiten der Stadtverwaltung berücksichtigt werden. Die Stadtverwaltung muss bei der Einführung von leistungsfähigem freien WLAN den Unternehmen unterstützend zur Seite stehen und es zielführend bewerben. Dies ist ein Aspekt der Wirtschaftsförderung. Durch die Zurverfügungstellung von freiem WLAN in Cafés, in Geschäften und in öffentlichen Einrichtungen können Gäste und Kunden gewonnen und gebunden werden. Auch soll die Stadtverwaltung darauf hinwirken, dass freies WLAN im öffentlichen Personennahverkehr innerhalb des Stadtgebietes angeboten werden soll. Dies führt zu einer deutlichen Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Personennahverkehrs in Grevenbroich. Andere europäische Länder zeigen auf, wie das geht. Aber auch andere Städte vergleichbarer Größe sind in der Digitalisierung viel besser aufgestellt.
- Wir fordern eine deutliche Intensivierung der Bemühungen der Stadtverwaltung zur Entwicklung der Smart City Grevenbroich. Die Landesregierung ermöglicht den Kommunen bis zu 120 kostenlose begleitende Einzelberatungen im Bereich Smart City. Durch unsere Bemühungen partizipiert die Stadt von diesem Angebot. Es liegt an uns, hier Prioritäten zu setzen und konsequent eine Smart-City Strategie zu verfolgen.
- Wir sind davon überzeugt, dass auch ältere Generationen ein wachsendes Interesse an Digitalisierung haben. Deshalb verstehen wir die Digitalisierung vor allem auch als Generationengemeinschaftsprojekt und möchten deshalb SmartCafé-Veranstaltungen für Grevenbroich etablieren. Diese sind darauf ausgerichtet, die Bedienungskompetenz älterer Menschen von modernen mobilen Endgeräten durch entsprechende Interaktion mit Jugendlichen auszubauen. Die Stadt muss hier als Vorreiter agieren und im Rahmen des neuen Familienbüros in den dortigen Räumen ein Smart-Café einrichten.
- Gerade in der digitalen Welt bieten sich gute Möglichkeiten, echte Barrierefreiheit zu gewährleisten. Das beginnt bei den digitalen Angeboten Grevenbroichs, die für Menschen mit Behinderung erreichbar und nutzbar sein müssen. Neben Anwendungen für Menschen mit Seh- und Hörbehinderung wollen wir auch konsequent Leichte Sprache in alle Angebote einbinden. Digitale Zugänge erleichtern es zudem auch Eltern mit kleinen Kindern oder mobilitätseingeschränkten Seniorinnen und Senioren, Angebote der Stadt Grevenbroich wahrzunehmen.
- All diese Punkte machen deutlich, dass die digitale Transformation der Verwaltung von großem Interesse für die Öffentlichkeit ist. Bisher werden Digitalisierungsvorhaben nur im nicht-öffentlich tagenden Personalausschuss thematisiert. Das muss sich ändern! Digitalisierung ist eine Querschnittsaufgabe über alle Bereiche der Verwaltung hinweg, die im neu zu schaffenden Ausschuss öffentlich stärker angegangen werden muss.

## Moderne Stadtverwaltung

Unser Leitbild der modernen Stadtverwaltung basiert auf zufriedenen und motivierten Mitarbeitern, die ihrem Job serviceorientiert und mit Freude nachgehen. Die Anliegen der Bürger sollen möglichst schnell und unbürokratisch erfüllt werden. Agile Ansätze sollten das Silodenken in Fachbereichen zunehmend ersetzen. Grundsätzlich sollten die Zuständigkeiten in einer Verwaltung sich nicht nur auf einzelne Personen, sondern auf Teams beziehen. Diese Voraussetzungen zu schaffen ist eine zentrale Kernaufgabe der Verwaltungsspitze.

- In der Stadtverwaltung sind derzeit zahlreiche Stellen unbesetzt und es gelingt aktuell nicht, diese adäquat zu besetzen. Eine Ursache dafür ist sicherlich, dass der Stadt bei der Vergütung und Weiterentwicklung ihrer Mitarbeiter aus haushalterischen Gründen oftmals die Hände gebunden sind. Umso wichtiger ist, dass die Stadt ein Rekrutierungs-Konzept entwickelt, in dem sie darlegt, was sie unternehmen möchte, um ihre Attraktivität als Arbeitgeber zu erhöhen.
- Das Herzstück einer funktionierenden Verwaltung sind zufriedene und motivierte Mitarbeiter. Deshalb muss die Stadt - auch vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten bei der Rekrutierung neuer Mitarbeiter - deutlich mehr Wert auf Mitarbeiterzufriedenheit legen. Wir Freien Demokraten fordern regelmäßige Zufriedenheitsumfragen unter den Mitarbeitern, deren Ergebnisse von der Verwaltungsspitze ernst genommen werden und die Grundlage für die Ableitung von Verbesserungsmaßnahmen bilden. Hierzu gehört neben einer modernen und angemessenen Arbeitsplatzausstattung vor allem auch ein Arbeitsklima, in dem sich die Mitarbeiter wohl fühlen. Das Arbeitsklima muss von Vertrauen und Kooperation geprägt sein. Die Mitarbeiter sollen die Möglichkeit haben, sich innerhalb ihres Aufgabengebietes entfalten zu können und eigenständige Entscheidungen treffen zu können.
- In der Verwaltung der Stadt Grevenbroich gibt es viele Fachdienste, in denen dem Fachdienstleiter nur wenige Mitarbeiter direkt unterstellt sind. Nachbesetzungen von freien Fachdienstleiterstellen sollen deshalb nur dann vorgenommen werden, wenn eine ausreichende Führungsspanne vorliegt. Sollte dies nicht erfüllt sein, so soll die Stelle des Fachdienstleiters durch Zusammenlegungen von Fachdiensten eingespart werden. Alternativ soll die Entscheidung über die Nachbesetzung dem Rat zur Einzelfallentscheidung vorgelegt werden. Durch diese Maßnahme werden sowohl die Stellen im Stellenplan als auch die entsprechenden Personalkosten eingespart. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass Führungskräfte im Gehaltsgefüge meist vergleichsweise hoch eingruppiert sind, sehen wir an dieser Stelle ein großes Einsparpotenzial.
- Wir wollen überprüfen lassen, ob Gutachten auch verstärkt von Studierenden in Zusammenarbeit mit Lehrstühlen von Hochschulen erstellt werden können. Für die Stadt hat dies gegenüber externen Gutachten den Vorteil, dass diese weitestgehend kostenfrei sind. Die Studierenden erlangen einen Einblick in die Prozesse und Abläufe der Stadtverwaltung und bringen ihrerseits frisches Know-how aus den Hochschulen in die Stadtverwaltung ein. Der Stadt Grevenbroich gibt dies die Möglichkeit, sich bei den Studierenden als attraktiver Arbeitgeber zu positionieren und offene Stellen perspektivisch zu besetzen.
- Wir setzen uns für ein effektives Personalkostencontrolling ein. Falls es zu negativen Abweichungen von Zielvorgaben kommt, so zeigt das Personalkostencontrolling diese auf und unterbreitet Vorschläge für angemessene Gegenmaßnahmen zur Zielerreichung.

## Strukturwandel, Wirtschaft & Stadtfinanzen

Der von der großen Koalition in Berlin auf den Weg gebrachte frühere Kohleausstieg wird für unsere Stadt enorme Auswirkungen haben. Deshalb ist es jetzt umso dringlicher, jede Chance auf Weiterentwicklung unserer Stadt und die Ansiedlung neuer sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze zu ermöglichen. Zudem muss der Strukturwandel gemeinsam mit den Eigentümern der Flächen gestaltet werden. Die Stadt kann und soll nicht über die Eigentumsrechte der Unternehmerinnen und Unternehmer verfügen. Sofern diese Faktoren allesamt berücksichtigt werden, sehen wir eine große Chance, mit Hilfe der finanziellen Mittel des Bundes und der Unterstützung des Landes gestärkt aus dem Strukturwandel hervorzugehen.

Unternehmerinnen und Unternehmer sind uns vor Ort willkommen. Eine starke Wirtschaft, ganz besonders mit Blick auf die kleinen und mittleren Unternehmen, stärkt ganz Grevenbroich. Denn Arbeitsplätze und Gewerbesteuer bedeuten: soziale Sicherheit, kommunale Einnahmen, geringere Sozialausgaben und mehr Lebendigkeit. Wir Freien Demokraten bemühen uns um die Neuansiedlung von Firmen, fördern Neugründungen und unterstützen bestehende Firmen in ihren Anliegen.

Große Pläne erfordern große Disziplin. Denn nur da, wo vernünftig priorisiert und kalkuliert wird, stehen Mittel für die großen Pläne zur Verfügung. Solide Finanzen sind die Basis einer lebens- und liebenswerten Stadt sowie Garant einer funktionierenden Kommune. Das Haushaltssicherungskonzept muss schnellstmöglich und stringent umgesetzt werden, um Handlungsfreiheit zurückzuerlangen. Für Freie Demokraten ist verantwortungsvolles Haushalten auch eine Verpflichtung der Generationengerechtigkeit. Investieren wollen wir da, wo es in die Zukunft gerichtet ist. Unser langfristiges Ziel ist nach wie vor ein schuldenfreies Grevenbroich.

- Die Wirtschaftsförderung der Stadt Grevenbroich nimmt bei der Gestaltung des Strukturwandels eine besondere Bedeutung und Rolle ein. Denn Wirtschaftsförderung heißt für uns: Attraktiv sein, einladen, kümmern. Unser Anliegen ist die Stärkung der Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaftsförderung. Auf unsere Initiative hin wurde im Rat beschlossen, dass halbjährlich über die aktuellen konkreten Projekte, Ziele und Erfolge der Wirtschaftsförderung im politischen Raum gesprochen wird. Uns ist wichtig, dass dort aktiv vorgetragen und berichtet wird. Dadurch entsteht ein konstruktiver Austausch zum Nutzen der Stadt Grevenbroich. Dabei kann und soll auch aufgezeigt werden, wo Verbesserungspotenzial auf Seiten der Wirtschaftsförderung gesehen wird. Ziel muss sein, durch eine effektive Wirtschaftsförderung attraktiv von bestehenden, neuen und potenziellen Gewerbetreibenden wahrgenommen zu werden. Neben der Bestandspflege werden in den nächsten Jahren Neuansiedlungen von entscheidender Bedeutung sein, da durch den beschleunigten Strukturwandel Arbeitsplätze in unserer Stadt abgebaut werden. Um attraktiv für innovative Startups und verteilte Unternehmen zu sein, sollen in Grevenbroich Leerstände als Co-Working-Spaces entwickelt werden. Wir wollen Gründern einen Grund zum Gründen in Grevenbroich geben.
- Notwendige Voraussetzung für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung in Grevenbroich ist das Vorhandensein ausreichender Gewerbeflächen. Grevenbroich muss ein aktives Flächenmanagement betreiben, das sich am Bedarf der Wirtschaft orientiert.

- Das Kauf- und Konsumverhalten der Menschen hat sich in den letzten Jahren drastisch verändert. Das bequeme Online-Bestellen sowie die zunehmende individuelle Mobilität der Verbraucher lassen konsequenterweise die Kaufkraft in den Zentren schwinden. Zunehmende Leerstände in den Innenstädten sind nicht nur in Grevenbroich, sondern bundesweit ein Problem. Regulierungen wie das Einzelhandelsstandortkonzept wollen wir auf das gesetzlich notwendige Minimum beschränken. Dieses sehr restriktive, verbraucherfeindliche und nicht mehr zeitgemäße Konzept behindert die wirtschaftliche Entwicklung und Angebotsvielfalt in der großen Flächenstadt Grevenbroich mit all seinen Ortsteilen. Um unseren Einzelhandel als Attraktivitätsanker zu festigen, brauchen wir neue Konzepte. Eigentümern sollen Anreize geschaffen werden, ihre Immobilien zeitgerecht umzugestalten, um attraktive Verkaufsflächen für den Einzelhandel anbieten zu können. Wir setzen uns dafür ein, dass stationärer Einzelhandel mit digitalem Einzelhandel verknüpft wird. Hier muss die in der Stadt angesiedelte Wirtschaftsförderung noch aktiver und dynamischer im Service für Vorhabensträger werden. Verkaufsoffene Sonntage sorgen für eine Belebung der Innenstädte am Wochenende und sollen so oft wie möglich realisiert werden können.
- Grevenbroich bietet mit seinen historischen Bauten, seiner Natur und als Anrainerkommune zum Tagebau exzellente Möglichkeiten, um sich gezielt um Touristen zu bemühen. Wir Freie Demokraten wollen insgesamt den Tourismus und die Gastronomie als Wirtschaftsfaktoren weiter stärken. Die Möglichkeiten zur Außengastronomie müssen dauerhaft verbessert werden.
- Als Freie Demokraten wissen wir, woher das Geld kommt, das wir investieren wollen. Damit vernünftig umzugehen, gebietet die Verantwortung gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Dazu gehört auch das Bestreben, die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger wie auch für die Unternehmen möglichst gering zu halten. Mit der FDP wird es keine Steuererhöhungen geben, insbesondere nicht bei der Grund- und Gewerbesteuer. Wo es die Haushaltslage zulässt, wollen wir Entlastungen auf den Weg bringen.
- Wir möchten die Zweitwohnsitzsteuer in Grevenbroich abschaffen. Dies ist aus monetären Aspekten – wenn überhaupt – nur in großen Universitätsstädten attraktiv. Die Aufwände zur Erhebung solcher einer Steuer sind in mittelgroßen Städten wie Grevenbroich deutlich höher als die Erträge. Darüber hinaus ist die Zweitwohnungssteuer kontraproduktiv beim Vorhaben, Grevenbroich auch für Pendler attraktiv zu machen.
- Neben der Zweitwohnungssteuer gibt es in Grevenbroich weitere Bagatellsteuern, deren Kosten für die Erhebung viel höher sind als die damit verbundenen Einnahmen. Genannt seien hier beispielsweise die „Wettbürosteuer“ und die „Sexsteuer“. Die Stadtverwaltung soll sich wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und solche Bagatellsteuern gehören abgeschafft.
- Zur Finanzierung von Investitionsprojekten möchten wir verstärkt Crowdfunding-Plattformen nutzen und so Projekte in der Gestaltungsverantwortung der Stadt realisieren. Crowdfunding bietet Kreativen schon seit längerem die Möglichkeit, ihre Ideen und Projekte auf entsprechenden Plattformen im Internet zu bewerben und letztlich so zur finanziellen Realisierung zu führen. Trotz mehrfacher Initiativen der FDP-Fraktion hat Grevenbroich diese Chancen bisher ungenutzt gelassen.

## Jugendhilfe

Grevenbroich ist Heimat und Lebensmittelpunkt unserer Familien. Gerade für Kinder und Jugendliche sind die Bildungschancen vor Ort entscheidend. Sie brauchen ein Umfeld, das ihre spezifischen Bedürfnisse erkennt und berücksichtigt. Kindern und Jugendlichen wollen wir individuelle Chancen bieten, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen und unabhängig von Herkunft, Elternhaus und Wohnort den sozialen Aufstieg zu schaffen, den sie erreichen wollen. Passgenaue Angebote und Entwicklungsmöglichkeiten wirken sich dabei nicht nur positiv auf die Kinder und Jugendlichen, sondern auf die Lebensqualität der Familien insgesamt aus. Für uns Freie Demokraten haben deswegen Investitionen in Bildung Priorität.

- Bildung beginnt bei den Kleinsten, und die Qualität muss das auch tun, damit jedes Kind die faire Chance hat, seinen eigenen Weg zu gehen. Deshalb bauen wir mit Hilfe des Landes die frühkindliche Bildung aus und schaffen damit Lern- und Spielumgebungen. Mit dem „Pakt für Kinder und Familien“ und der Novelle des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) investiert die schwarz-gelbe Landesregierung, wie versprochen, stark in die frühkindliche Bildung. Ab dem Kindergartenjahr 2020/2021 stehen zusätzliche jährliche Mittel in Höhe von insgesamt 1,3 Milliarden Euro bereit.
- Zusätzlich kann in die Flexibilität bei den Betreuungs- und Öffnungszeiten investiert werden. Durch die Möglichkeit, Kinder früher in die Einrichtung zu bringen oder später abzuholen, werden Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf entlastet. Immer flexiblere Arbeitszeiten der berufstätigen Elternpaare erfordern zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch ein Betreuungsangebot für Kinder, welches kompatibel mit den Arbeitszeiten der Elternpaare ist. Es ist deshalb für die Stadt Grevenbroich, die sich verstärkt auch aktiv um neue Bürgerinnen und Bürger bemühen muss, angemessen, jede Chance zu nutzen, damit qualifizierte Betreuung auch in den frühen Morgenstunden bzw. späten Abendstunden angeboten werden kann. Dazu ist es erforderlich, den entsprechenden Bedarf zu eruieren, in welchen Stadtteilen eine flexiblere Betreuungszeit gewünscht wird. Passgenaue Betreuungskonzepte stellen potenzielle Wettbewerbsvorteile für unsere Stadt dar. Unser langfristiges Ziel ist eine KiTa im Stadtgebiet, die 24 Stunden geöffnet hat. Eine Chance für Grevenbroich!
- Das Land gibt eine Kitaplatz-Ausbaugarantie. Das heißt, dass jeder Platz, der in Grevenbroich zusätzlich geplant wird, damit jedes Kind einen geeigneten Betreuungsplatz findet, auch gefördert wird. Auch das gibt jungen Familien hier bei uns in Grevenbroich mehr Sicherheit. Zusätzlich werden alle Familien durch ein weiteres beitragsfreies Jahr finanziell entlastet. Diese Gesetzesnovelle ist ein Meilenstein, den wir Freien Demokraten federführend umgesetzt haben. Langfristig fordern wir einen kostenlosen KiTa-Platz für alle Kinder.
- Jedes Kind hat ein Recht auf bestmögliche Förderung von Anfang an. Die Stärkung der frühkindlichen Bildung, sowohl in den Kindertageseinrichtungen als auch der Kindertagespflege, hat deshalb größte Wichtigkeit. Wir wollen allen Kindern, unabhängig von ihrer sozialen und räumlichen Herkunft, bestmögliche Bedingungen bieten, sich zu entwickeln. Jedes Kind verdient es, durch eine unterstützende, anregende und motivierende Umgebung wachsen zu können und damit ein Leben mit allen Chancen zu bekommen. Wir unterstützen auch die Gründung von Betriebskindergärten, wo dies möglich ist.

- Wir streben einen besseren Betreuungsschlüssel an - das bedeutet eine Reduzierung der Gruppengröße in den KiTas wie auch ein Ausbau des Personals, damit Erzieherinnen und Erziehern jedem einzelnen Kind mehr Zeit widmen können. Die Praxisintegrierte Ausbildung (PIA) ist ein Erfolgsmodell. Sie sollte von der Stadt Grevenbroich weiterhin gefördert und ausgeweitet werden, damit wir qualifizierte Fachkräfte für die Jugendhilfe im Grevenbroicher Stadtgebiet gewinnen können.
- Wir fordern eine effiziente Weiterentwicklung der „Frühe Hilfen“. Hierbei handelt es sich um ein Netzwerk u.a. aus Schwangerschaftsberatungsstellen, Hebammen, Ärzten, Familienzentren und dem Jugendamt. Ziel dieses Netzwerks ist es, einer Überforderung werdender Eltern und Eltern mit Kleinkindern in den ersten Lebensjahren vorzubeugen. Gerade Kleinkinder sind besonders schutzbedürftig. Wenn sie in belastende Lebensumstände hineingeboren werden, sollen ihre Eltern durch das Netzwerk frühzeitig aufgefangen und unterstützt werden.
- Die Spielplätze im Grevenbroicher Stadtgebiet sollen erhalten und aufgewertet werden. Wir fordern insbesondere den Ausbau von barrierefreien Spielplätzen in den jeweiligen Stadtteilen. Darüber hinaus unterstützen wir die Strategie der Stadtverwaltung zur Schaffung von mehreren dezentralen Jugendparks. Diese sollen gemeinsam mit den Jugendlichen vor Ort gestaltet werden. Insgesamt fordern wir eine Schaffung von mehr Aufenthaltsräumen von Jugendlichen - sowohl unter freiem Himmel als auch beispielsweise in Form von Proberäumen für junge Grevenbroicher Bands.
- Wir wollen den Abenteuerspielplatz am Heyerweg in Wevelinghoven unbedingt erhalten. Den daneben liegenden Bolzplatz betrachten wir als integralen Bestandteil des Abenteuerspielplatzes. Gerade auch deshalb fordern wir, den Bolzplatz zu ertüchtigen. Bis dato liegt kein Konzept auf dem Tisch, das sowohl den Abenteuerspielplatz als auch den dazugehörigen Bolzplatz erhalten möchte. Unser Ziel bleibt: Erhalt von sowohl Abenteuerspielplatz als auch Bolzplatz.
- Wir Freien Demokraten begrüßen die beschlossene regelmäßige Erhöhung der finanziellen Mittel für die Kinder- und Jugendförderung durch die aktuelle Landesregierung. Wir setzen uns dafür ein, die sich dadurch ergebenden Möglichkeiten zur stärkeren Förderung von Kindern und Jugendlichen auch bei uns in Grevenbroich zu nutzen. Außerdem sollen die bürokratischen Pflichten in den kommunalen Kinder- und Jugendförderplänen abgebaut werden. Im Mittelpunkt müssen Chancen für Kinder stehen – und nicht Formulare.
- Wir wissen, dass junge Menschen eine eigene, besondere und auch für die „Erwachsenen-Welt“ bereichernde Sicht auf Grevenbroich haben. Diese Sicht vertreten sie selbst am besten – wir setzen uns deshalb für eine Weiterentwicklung des Jugendrats ein. Dieser sollte in den jeweiligen Stadtteilen zusammenkommen, um auch vor Ort eine entsprechende Wirkung zu entfalten und Ansprechpartner für die Belange der Kinder & Jugendlichen zu sein.

# Schule

Wir wollen jedem Kind die Möglichkeit geben, sich entsprechend seiner Begabungen und Talente zu entfalten. Jedes Kind ist anders und braucht eine individuelle Förderung. Wir Freien Demokraten setzen deshalb auf eine vielfältige Schullandschaft mit unterschiedlichen Schulformen – ob privat oder staatlich– mit einer möglichst hohen Durchlässigkeit. Unser Schulangebot ist bunt und soll es auch bleiben. Wir werden keine Schulform benachteiligen, damit jedes Kind den bestmöglichen Weg für eine gute individuelle Förderung und den eigenen Aufstieg finden kann. Ausdrücklich gehören für uns dazu auch die Stärkung der Gymnasien und der Förderschulen sowie der Erhalt der Realschule.

- Beste Bildung kann nur gelingen, wenn den Schülerinnen und Schülern nicht im wahrsten Sinne des Wortes die Decke auf den Kopf fällt. Wir wollen deswegen die Sanierung und Modernisierung von Schulgebäuden konsequent weiter vorantreiben und so ein modernes Lernumfeld schaffen. Denn nur wenn es nicht ins Gebäude regnet und Schülerinnen und Schüler auch intakte Toiletten nutzen können, können sie sich aufs Lernen konzentrieren.
- Tablets für alle Schüler und WLAN in den Schulgebäuden sind die Voraussetzung, damit Bildung in der digitalen Welt ankommen kann. Die Freien Demokraten wollen die Digitalisierung der Bildung vorantreiben und dazu die Mittel des Digitalpaktes zügig und zielgerichtet verwenden. Wir begrüßen ausdrücklich, dass unsere NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer kürzlich weitere 103 Millionen Euro zur digitalen Ausstattung aller Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler, die sich aus wirtschaftlichen und/oder sozialen Gründen kein digitales Endgerät leisten können, zur Verfügung gestellt hat. Jetzt gilt es, diese Mittel in Grevenbroich umgehend zu nutzen, um allen Lernenden und Lehrenden in unserer Stadt das Lernen trotz räumlicher Distanz vollständig und praktikabel zu ermöglichen. Auch in Zukunft gilt, dass alle Fördermöglichkeiten konsequent genutzt und ausgeschöpft werden müssen, um die Digitalisierung an den Schulen voranzubringen.
- Bei der schulischen Inklusion setzen wir auf Qualität. Wir begrüßen deswegen das Umsteuern der Landesregierung unter Federführung der Freien Demokraten bei der Umsetzung der Inklusion, sodass jetzt endlich Qualität vor Tempo gilt. Denn nur das wird Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf gerecht. Schulen brauchen eine angemessene Sach- und Personalausstattung, damit Inklusion gelingt. Schulen im gemeinsamen Lernen sind auf das Fachwissen und die Erfahrung von Sonderpädagoginnen und -pädagogen angewiesen.
- Wir begrüßen, dass Schulsozialarbeiter Eltern und Kinder zukünftig dabei unterstützen können, die Fördermöglichkeiten des Bildungs- und Teilhabepakets auch tatsächlich zu nutzen. Konkret heißt das, dass durch die Beratung und Unterstützung von Schulsozialarbeitern die finanziellen Fördermöglichkeiten, beispielsweise für die Nachhilfe, den Mitgliedsbeitrag in einem Sportverein oder der Musikschule, aktiv genutzt werden sollen. Die Freien Demokraten setzen sich zudem dafür ein, die Angebote der Jugendhilfe besser mit der Schulsozialarbeit und den Sozialarbeiterstellen an den Schulen zu vernetzen. Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen Ansprechpartner haben, an die sie sich mit Sorgen und Fragen wenden können und die bei Konfliktsituationen helfen.

- Bei der Betreuung von Grundschulern im Rahmen der Offenen Ganztagschule (OGS) setzen wir auf die Entscheidungsfreiheit der Eltern. Deshalb begrüßen wir die durch die aktuelle Landesregierung gestärkte Flexibilität, mit der Eltern nun die Möglichkeit haben, ihre Kinder an einem regelmäßigen, festen Termin oder aufgrund besonderer Anlässe von der Ganztagsbetreuung freistellen zu lassen. So bleibt Freiraum für die Interessen der Kinder und Entscheidungen in der Familie. Wir setzen uns außerdem für einen weiteren Ausbau der Ganztagsplätze ein. Die Zusammenarbeit mit Vereinen im Rahmen des Ganztags wollen wir stärken.
- Wir sprechen uns gegen eine Umwandlung der Diedrich-Uhlhorn-Realschule Wevelinghoven in eine dritte Gesamtschule aus. In der Stadt Grevenbroich befinden sich bereits jetzt fünf Sekundarstufen II (Pascal, Erasmus- und Wirtschaftsgymnasium sowie die beiden bestehenden Gesamtschulen). Schon heute haben die Schulen Schwierigkeiten, eine ausreichende Anzahl Schüler für die vorhandenen Sekundarstufen II zu finden. Wir erkennen keinen Bedarf für eine sechste Sekundarstufe II in Grevenbroich. Ganz im Gegenteil - diese wäre sogar kontraproduktiv, weil sie die bestehenden Sekundarstufen II noch weiter ausdünn und dadurch auch die Wahlfreiheit der Fächer für die Schülerinnen und Schüler innerhalb der eigenen Schule eingeschränkt wird. Dem kaum vorhandenen oder sogar kontraproduktiven Nutzen steht ein immenser Investitionsaufwand gegenüber, der an anderer Stelle dringend benötigt wird.
- In der Grevenbroicher Schulpolitik wird oft der falsche Schluss gezogen, dass Anmeldezahlen den Elternwillen widerspiegeln und dass dieser wiederum repräsentativ für die Attraktivität einer gesamten Schule ist. In der Vergangenheit wurden geringe Anmeldezahlen für die Realschule als Argument ins Feld geführt, dass eine Realschule nicht gewünscht sei. Wir halten dies für einen Trugschluss, weil zahlreiche Faktoren maßgeblich für die Anmeldezahlen sind. Ein ausschlaggebender Faktor dafür liegt in erster Linie darin begründet, dass die Schule per Schulbus oder ÖPNV aus vielen Stadtteilen nur sehr schwer zu erreichen ist. Viele Schülerinnen und Schüler würden gerne die Realschule besuchen, haben aber keine Möglichkeit, mit vertretbarem Aufwand zur Schule zu kommen.
- Um den Faktor der schlechten ÖPNV-Anbindung zu eliminieren, regen wir an, die weiterführenden Schulen im Zentrum Grevenbroichs zu konzentrieren. Wenn man die Käthe-Kollwitz-Gesamtschule in der Südstadt dem Zentrum zurechnet, dann liegen alle weiterführenden Schulen schon heute im Stadtzentrum und die Diedrich-Uhlhorn-Realschule in Wevelinghoven bildet eine absolute Ausnahme. Deshalb sollte eine vollumfängliche Verlagerung der Diedrich-Uhlhorn-Realschule aus Wevelinghoven an die Bergheimer Straße geprüft werden. Wir haben die Stadtverwaltung bereits gebeten, die Kosten für eine Einbeziehung der Bergheimer Straße (sei es über Ertüchtigung der bestehenden Schulgebäude oder über einen Neubau) zu ermitteln.
- Wir werden die Schulen darin unterstützen, sich weiter zu öffnen. Mögliche Formate wären die Öffnung der schuleigenen AGs für Schülerinnen und Schüler anderer Schulen sowie die Ausrichtung von Aktionstagen wie beispielsweise einem offenen Tag der Bewegung.
- Die Kooperationen der weiterführenden Schulen mit nahegelegenen Hochschulen und Unternehmen sollten intensiviert werden. Ein sehr positives Beispiel ist das Pascal Technikum Grevenbroich (PasTeG). Dadurch entstehen sehr wertvolle übergreifende Zusammenschlüsse, von denen alle Beteiligten profitieren und einen Austausch von Know-how und Ideen befördern. Dies stärkt schlussendlich auch den Wirtschaftsstandort Grevenbroich.
- Wir setzen uns dafür ein, dass das Berufsbildungszentrum im Stadtgebiet auf dem hohen Niveau erhalten bleibt und im Sinne einer Berufsakademie weiter ausgebaut wird. Berufsbildende Schulen sind essenzieller Bestandteil der dualen Ausbildung und sorgen dafür, dass den Grevenbroicher Betrieben qualifizierte Bewerber zur Verfügung stehen.

## Sport

Sport ist nicht nur gesund, sondern beim Sport kommen auch Menschen zusammen. Die Gemeinschaft im Sportverein auf und neben dem Platz ist für viele Grevenbroicherinnen und Grevenbroicher der Kern einer glücklichen Freizeitgestaltung. Viele Ehrenamtler engagieren sich in zahlreichen Vereinen. Wir Freie Demokraten wollen die vielen ehrenamtlich Tätigen dabei unterstützen und die bestmöglichen Rahmenbedingungen für sportliche Aktivitäten in Grevenbroich schaffen.

- Unser Ziel für die kommende Ratswahlperiode ist, den Außenbereich des Schlossbades so attraktiv wie nur möglich zu gestalten. Aufgrund der komplexen rechtlichen Rahmenbedingungen ist es für uns unerlässlich, dass Stadtverwaltung, Politik und Badbetreiber hier Hand in Hand arbeiten, um gemeinsam Optionen auszuloten und sich dafür einzusetzen, das bestmögliche Ergebnis für die Grevenbroicher Bürgerinnen und Bürger zu erzielen.
- Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte und gut ausgebaute Infrastruktur für den Sport in Grevenbroich ein – vor allem auch für eine Sanierung und Modernisierung bestehender Anlagen. Das entsprechende Förderprogramm des Landes trägt zur Verbesserung der Situation bei. Die bevorstehenden Investitionen in die Sportplatzgebäude auf Basis der gemeinsamen Bereisung der Sportstätten müssen kontinuierlich vorgenommen werden, denn die dort festgestellten Mängel sind nicht zumutbar. Auch die Einbindung privater Investoren kann ein geeignetes Instrument zur Finanzierung von Sportstätten sein.
- Wir unterstützen den eingeschlagenen Weg der Stadt Grevenbroich, nicht mehr benötigte Sportflächen zu Gunsten der Schaffung moderner Kunstrasen-Fußballplätze umzugestalten. Dabei muss die Umwandlung der Flächen bedarfsgerecht und mit Augenmaß auf Grundlage der gemessenen Auslastung erfolgen.
- Den Vorschlag zur Zentralisierung von Fußballplätzen - beispielsweise ein riesiges Sportzentrum für alle nördlichen Stadtteile - lehnen wir entschieden ab. Vor allem für den Jugendfußball ist es wichtig, dass die Kinder wohnortnah Fußball spielen können und der Weg zum Sportplatz so sicher wie möglich ist. Darüber hinaus sind Sportplätze mehr als nur ein Ort, an dem man Sport treibt. Oftmals sind sie Begegnungsstätte innerhalb des jeweiligen Ortsteils und viele Feste oder kulturelle Veranstaltungen finden dort statt. Genauso sind Vereine gewachsene Strukturen, die von ehrenamtlichen Helfern getragen werden und eine feste Institution in ihren Stadtteilen sind. Eine verordnete Zwangsfusion ist nicht nur rechtlich unzulässig, sondern auch inhaltlich abzulehnen. Stattdessen soll, wo sinnvoll und gewünscht, eine größtmögliche Kooperation zwischen den Vereinen erfolgen. Deshalb wollen wir Anreize setzen, um Kooperationen zu fördern.
- Zur Förderung der Schwimmfähigkeit von Kindern sollen die Maßnahmen des Aktionsplans „Schwimmen lernen in NRW 2019-2022“ in Zusammenarbeit mit den Sportvereinen und -verbänden aktiv genutzt werden.
- Wir setzen uns dafür ein, Inklusion auch im Sport weiter voranzutreiben und aktiv an den Maßnahmen des Landesaktionsplans „Sport und Inklusion in Nordrhein-Westfalen 2019-2022 – gemeinsam für eine inklusive Sportlandschaft“ teilzunehmen.

## Soziales, Demografie & Integration

Wir wollen ein Grevenbroich, in dem das Zusammenleben aller, über Unterschiede hinweg, gelingt. Die Breite und Vielfalt des Lebens begrüßen wir und setzen auf ein funktionierendes Gemeinwesen, in das sich viele einbringen, in dem Dialog gelebt wird und in dem Menschen, die es im Leben schwerer haben, Unterstützung bekommen.

Wir Freien Demokraten setzen auf ein Miteinander der Religionen und der Menschen unterschiedlichster Herkunft. Wir stehen für Toleranz und sehen Vielfalt auf dem Boden des Grundgesetzes als Bereicherung. Deswegen verteidigen wir die Werte der offenen Gesellschaft und treten jeder Form von Rassismus, Ausgrenzung und Intoleranz entschieden entgegen. Wir setzen uns aktiv dafür ein, dass alle religiösen Gemeinschaften zu jeder Zeit in unserer Stadt sicher sind.

- Wir begrüßen die Förderung von Maßnahmen im Bereich LSBTI auf Rekordniveau durch die aktuelle Landesregierung. Wir setzen uns dafür ein, konkrete Maßnahmen für Vielfalt und gegen Diskriminierung aufgrund der geschlechtlichen Identität oder der sexuellen Orientierung auch vor Ort zu stärken.
- Die Lebensqualität in Grevenbroich hängt auch davon ab, welche Hilfe erreichbar ist, wenn es einem nicht gut geht. Dazu zählt insbesondere eine umfassende und qualitativ hochwertige ärztliche Versorgung. Wir wollen, dass es in jedem Stadtteil einen Arzt in der Nachbarschaft gibt. Mit der Vergabe der Landarzt-Studienplätze, die durch die aktuelle Landesregierung zum Wintersemester 2019/2020 erstmalig eingeführt wurde, ist ein wichtiger, wenn auch mittelfristig wirkender Schritt in die richtige Richtung getan.
- Vor Ort gut leben zu können schließt in einer inklusiven Gesellschaft alle ein. Die Freien Demokraten setzen sich deswegen für die konsequente Umsetzung der Barrierefreiheit aller öffentlichen Stellen ein. Das gilt für Gebäude, Anlagen, Verkehr, Kommunikation und Informationstechnik. Wir wollen die Teilhabe von Menschen mit Behinderung, aber auch von älteren Menschen und Familien verbessern.
- Ein wichtiger Bestandteil im sozialen Miteinander ist die Einbindung und Versorgung älterer Menschen. Viele Seniorinnen und Senioren können und wollen aktiv am Leben Grevenbroichs teilnehmen und ihre Zeit, Erfahrung und Talente für die Gemeinschaft einbringen. Deshalb fördern und unterstützen wir die ehrenamtliche Tätigkeit von Seniorinnen und Senioren ebenso wie Mehrgenerationenhäuser. Im Bereich der Freizeitaktivitäten wollen wir den älteren Bürgerinnen und Bürgern attraktive, zielgruppengerechte Angebote machen. Für diejenigen, die nicht mehr in den eigenen vier Wänden wohnen können oder wollen, wollen wir eine ausreichende Anzahl von Plätzen in Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen schaffen und eine Infrastruktur bereitstellen, die eine unkomplizierte Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs vor Ort garantiert.
- Bei der Planung und Erneuerung der städtischen Spielplätze ist der demografische Wandel zu berücksichtigen. Diese sollen Schritt für Schritt in barrierefreie Allgenerationenplätze umgestaltet werden. Hierdurch sind die Generationen stärker miteinander in Kontakt und dies trägt zum Verständnis aller untereinander bei. Solche Plätze sind sozialpolitisch zu begrüßen.

- Wir setzen uns dafür ein, dass ein Demografie-Check vor jeder politischen Entscheidung im Rat durchgeführt wird. Wir wollen, dass die Auswirkungen der jeweiligen Entscheidung auf ihre Generationentauglichkeit überprüft wird. Diese Aspekte müssen von der Verwaltung vor der Beschlussfassung ausgearbeitet werden. So wird sichergestellt, dass demografisch nachhaltige Entscheidungen getroffen werden können.
- Deutschland ist ein Einwanderungsland. Aufgrund der demografischen Entwicklung und des Fachkräftemangels sind wir auf das Anwerben von Talenten und die Einwanderung von Fachkräften nach klaren Kriterien angewiesen – wir setzen uns deshalb für ein neues Einwanderungsrecht auf Bundesebene ein. Unserer humanitären Verantwortung, Menschen Schutz vor Krieg und Verfolgung zu geben, werden wir auch weiterhin gerecht. Die Integration der Menschen, die nach Deutschland kommen und sich hier ihre Zukunft aufbauen wollen, geschieht bei uns vor Ort in Grevenbroich. Im Zuge der Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen in den letzten Jahren hat Grevenbroich Außerordentliches geleistet. Deswegen wollen wir die lokalen Initiativen, die beim Start ins neue Leben vor Ort ganz konkret helfen, weiter unterstützen. Die Weiterleitung der Integrationspauschale durch die aktuelle Landesregierung begrüßen die Freien Demokraten, ebenso wie die Aufstockung der Landesförderung der Kommunalen Integrationszentren und die Fortsetzung der Landesförderung von „KOMM-AN NRW“.
- Das Beherrschen der deutschen Sprache ist der Schlüssel für eine gelingende Integration. Deswegen wollen wir die Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache ausbauen und auch langfristig unterstützen. Weitere Qualifizierungsangebote wollen wir entsprechend des konkreten Bedarfs stärken. Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, die Programme des Landes zur Unterstützung junger Geflüchteter bei der Qualifizierung und Integration in Ausbildung und Arbeit zu nutzen.
- Es ist für uns selbstverständlich, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft in Deutschland die gleichen Rechte wie auch Pflichten haben. Damit geht für uns einher, dass wir von allen Menschen die Anerkennung unserer Rechtsordnung erwarten. Wir unterstützen deswegen den klaren Kurs der Freien Demokraten in der Landesregierung, einerseits Integrationsverweigerer, Kriminelle und Gefährder konsequent in ihre Heimatländer zurückzuführen und andererseits faire Chancen für gut integrierte Geduldete zu schaffen. Dieser Kurs der Landesregierung entlastet auch die Kommunen. Denn diejenigen, die nicht bleiben können, werden nun zügiger abgeschoben und diejenigen, die gut integriert und geduldet sind, kommen schneller in Arbeit und können sich damit selber versorgen.
- Die Freien Demokraten begrüßen die Landesförderung des kommunalen Integrationsmanagements und setzen sich für eine Erarbeitung einer Strategie für das kommunale Integrationsmanagement ein. Zusätzliche Mittel sollen für eine Stärkung der konkreten Betrachtung einzelner Fälle sowie für eine Verstärkung der Ausländer- und Einwanderungsbehörden genutzt werden.

## Kultur & Ehrenamt

Wir wollen bei uns in Grevenbroich ein hochwertiges und vielfältiges Kulturangebot sichern. Denn Kultur verbindet, regt an zu Diskussion und Gedankenaustausch, spielt eine wichtige Rolle im Zusammenhalt und bei der Entwicklung einer Gesellschaft und ist eine wichtige Quelle der Inspiration. Die Kunstfreiheit zu verteidigen und vor politischen Einflüssen jedweder Ausrichtung zu schützen, ist uns Freien Demokraten in Zeiten erstarkender Extreme in der Gesellschaft wichtiger denn je.

Unerlässlich für jede Stadt ist bürgerschaftliches Engagement. Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, ehrenamtliches Engagement vor Ort in Vereinen, Gruppen und Initiativen weiter zu stärken. Die Wertschätzung für ehrenamtliches Engagement wollen wir durch konkrete Angebote ausdrücken. Wir wollen zudem die Bürgerbeteiligung weiter stärken und setzen deswegen auf Transparenz und eine Ausweitung von Mitbestimmungsmöglichkeiten.

- Das Ziel, weltbeste Bildung in unserer Stadt zu ermöglichen, betrifft nicht nur Kinder und Jugendliche. Wir setzen uns deshalb für die kontinuierliche Weiterentwicklung des Kursangebots der Volkshochschule Grevenbroich ein, das noch mehr digitale Angebote beinhaltet, um neue Kundengruppen zu erreichen und zu gewinnen.
- Es ist für die strategische Ausrichtung der Stadt Grevenbroich wichtig, dass die Möglichkeit des Aufsuchens von Kultur- und Freizeiteinrichtungen innerhalb der Stadt den tatsächlichen Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger angepasst wird. Insbesondere Berufstätigen ist es bei den aktuellen Öffnungszeiten der Stadtbibliothek schwer möglich, das Angebot der Stadtbücherei zu nutzen. Auf unsere Initiative hin wird die Stadtbücherei für eine Pilotphase von sechs Monaten auch an Sonntagen geöffnet. Um über die zukünftigen Öffnungszeiten der Stadtbücherei zu diskutieren, ist eine Analyse der Ergebnisse dieser Pilotphase erforderlich.
- Die Überziehungs- und Mahngebühren bei Ausleihen in der Stadtbücherei möchten wir erhöhen. Steuer- und Abgabenerhöhungen, die die Bürger unausweichlich treffen, lehnen die Freien Demokraten ab. Da Überziehungsgebühren jedoch niemand zahlen muss, der sich an die festgelegten Ausleihzeiten hält, halten wir eine Anhebung der Säumnisgebühren für vertretbar. Neben den zu erwartenden Mehreinnahmen ist durch die Erhöhung auch davon auszugehen, dass die geliehenen Medien pünktlicher zurückgegeben werden. Somit ist bei beiden Szenarien von einem positiven Nutzen zu sprechen.
- Im Zuge unserer Forderung der Verlagerung der Realschule vom Heyerweg an die Bergheimer Straße müsste über ein neues Nutzungskonzept der fortan nicht mehr als Schulgebäude genutzten Gebäude in Wevelinghoven nachgedacht werden. Wir regen an, dort ein Kulturzentrum zu etablieren, während die Sportstätten weiterhin genutzt werden sollen. Durch den Dreiklang aus Kulturzentrum, Sportstätten und Abenteuerspielplatz könnte am Heyerweg ein hochwertiges Kultur- und Begegnungszentrum entstehen.
- Kunstausstellungen in unseren attraktiven städtischen Räumlichkeiten sollen sowohl lokalen Grevenbroichern als auch auswärtigen Künstlern einen Raum zur Präsentation ihrer Werke geben.
- Um den europäischen Gedanken auch für kommende Generationen zu stärken, setzen wir uns für einen aktiven Austausch mit unseren Partnerstädten Saint-Chamond, Celje, Auerbach und Kessel ein. Wir unterstützen Klassenfahrten und Schulverbindungen ins Ausland, um andere Kulturen erlebbar zu machen.

- Grevenbroich feiert gerne und hat ein vielfältiges Angebot an Brauchtumsveranstaltungen. Deshalb wollen wir die Vereine vor Ort aktiv unterstützen und die Rahmenbedingungen schaffen, damit sie ihre Feste in gewohnter Form auch zukünftig feiern können.
- Wir möchten, dass die Stadt Grevenbroich die wertvolle Arbeit der ehrenamtlichen Wahlhelfer, die ihre Freizeit in den Dienst zur Sicherstellung der Demokratie zur Verfügung stellen, stärker würdigt. Deshalb haben wir Freien Demokraten eine Tombola für die ehrenamtlichen Wahlhelfer eingerichtet. Wir verlosen nach der Wahl vier Stadtgutscheine und haben die anderen Parteien und Wählervereinigungen eingeladen, sich durch das Stiften von Preisen ebenfalls zu beteiligen.

# Wohnen & Stadtentwicklung

Viele Mieterinnen und Mieter werden zunehmend von steigenden Wohnungspreisen belastet. Ein bezahlbares Angebot an Wohnraum zu schaffen und zu sichern, hat für uns Freie Demokraten oberste Priorität. Das beste Mittel gegen steigende Mieten ist, mehr Angebote an neuem Wohnraum zu schaffen.

- Wir wollen bürokratische Hürden, die den Neubau von Wohnraum bremsen, abbauen. Wir erleichtern deshalb den Anbau und Ausbau von bestehenden Häusern, um möglichst platzsparend und damit umweltschonend mehr Wohnungen zu ermöglichen. In Grevenbroich setzen wir uns außerdem für die Bereitstellung ausreichender neuer Flächen für weitere Wohngebiete ein. Hierzu wollen wir die Möglichkeiten des novellierten Landesentwicklungsplans nutzen, um Flächen für Wohnraum auszuweisen, wo diese benötigt werden. Auch die besser zugängliche Eigentumsförderung erleichtert es jungen Familien, sich den Traum vom eigenen Haus zu erfüllen. Das Schaffen von selbstgenutztem Wohneigentum ist der beste Schutz vor Altersarmut.
- Kommunale Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen dringend weiter beschleunigt werden, damit wir mit dem Bauen schneller vorankommen. Wir setzen uns dafür ein, dass Bauanträge in Grevenbroich sowohl für Neubauvorhaben als auch für die Sanierung von Bestandsgebäuden vollständig digital eingereicht werden können. Außerdem dürfen kommunale Steuern und Abgaben nicht weiter steigen. Insbesondere die Erwerbsnebenkosten und die Grundsteuer sind gerade für junge bauwillige Grevenbroicher entscheidende finanzielle Faktoren. Darüber hinaus müssen gesetzliche Regulierungen sowie staatliche Preistreiber beispielsweise bei Fragen der Energieeinsparung zurückgedreht werden, um Investitionen nicht weiter zu verhindern. Vermieten muss wieder attraktiver werden, damit Mieterinnen und Mieter ein ansprechendes und bezahlbares Angebot vorfinden. Private Kleinvermieter verdienen unsere Unterstützung, denn sie entlasten den kommunalen Wohnungsmarkt.
- Wir Freien Demokraten setzen uns für eine Bekämpfung der Wohnungslosigkeit und die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes dazu ein. Die Möglichkeiten der deutlich aufgestockten Landesmittel sollen dafür genutzt werden.
- In Grevenbroich gibt es einen hohen Bedarf an Wohnraum. Insbesondere junge Familien haben Schwierigkeiten, geeignete Wohnungen zu finden. Die Lage wird noch dadurch erschwert, dass für Grevenbroich bis 2030 eine Steigerung der Haushalte mit Wohnungsbedarf in Höhe von 3,5% prognostiziert wird. Baugrundstücke in Grevenbroich sind Mangelware und die Nachfrage ist aktuell groß. Die Stadt Grevenbroich verfügt über einen großen Stellhebel bei der Vergabe ihrer eigenen Baugrundstücke. Hierbei wollen wir Bürgerinnen und Bürgern, die bereits in Grevenbroich wohnen, bzw. in der Vergangenheit gewohnt haben, sowie Familien bzw. eingetragenen Lebenspartnerschaften den Vorzug geben. Denn diese Personen sind mit der Stadt Grevenbroich oft besonders tief verwurzelt, sei es durch soziale Aktivitäten in Vereinen oder durch familiäre und berufliche Bindungen. Eine von uns mitgestaltete Vergabesatzung liegt der Verwaltung vor und muss noch vom Rat verabschiedet werden.

- Im Norden der Stadt (Ortsteil Wevelinghoven) ist das Neubaugebiet An Mevissen geplant. Wir gehören von Beginn an zu den Unterstützern dieses Bauvorhabens. Unabhängig davon sehen wir Nachbesserungsbedarf in einigen Teilbereichen.

Wir teilen die Sorgen der Anwohner in Bezug auf die Verkehrssituation uneingeschränkt. Schon heute ist der Verkehr in Wevelinghoven massiv überlastet und das Neubaugebiet wird diese Notlage sogar noch weiter verschärfen. Wir gehen davon aus, dass das erforderliche und aktuell in Erstellung befindliche Verkehrsgutachten ergeben wird, dass die bestehenden Straßen den zusätzlichen Verkehr nicht kompensieren können und dass eine andere Lösung herbeigeführt werden muss. Aus dem politischen Raum gab es bereits Vorschläge hinsichtlich einer Anbindung an L361 oder K10, die jedoch vom Land und vom Kreis bislang abgelehnt wurden. Sollte das Verkehrsgutachten ergeben, dass die genannten Vorschläge sinnvoll wären, dann wäre dies ein geeigneter Anknüpfungspunkt, um erneut mit Land und Kreis zu verhandeln. Wir hoffen darauf, dass das Verkehrsgutachten darüber hinaus auch weitere Ideen zu Tage fördert, die man dann mit allen Beteiligten gemeinschaftlich angehen sollte.

Ergänzend dazu muss der bestehende Rahmenplan möglichst zeitnah durch einen detaillierten Bebauungsplan weiterentwickelt werden. Im Zuge dessen sollen auch die Form und die genaue Ausgestaltung der Geschossbauweise gemeinsam mit der Bevölkerung diskutiert werden. Prinzipiell stehen wir der Geschossbauweise offen gegenüber. Zum einen sollte das Neubaugebiet möglichst vielfältig sein und die Nachfrage nach verschiedenen Immobilienformen möglichst vollumfänglich abdecken. Zum anderen gibt es sehr gelungene Ansätze, wie zum Beispiel das Gebiet Düsseldorf Einbrungen, wo sich Geschossbauten harmonisch in ein Gebiet mit Einfamilienhäusern eingliedern.
- Im Süden der Stadt (Ortsteile Gindorf-Gustorf) warten die Bürgerinnen und Bürger seit Jahren auf eine Realisierung des Bebauungsplans GU 26 „Gustav-Mahler-Straße“. Da allerdings große Schwierigkeiten beim Erwerb der erforderlichen Grundstücke existieren und das Projekt zu scheitern droht, wollen wir zum Beispiel ersatzweise eine Flächennutzungsplanänderung und einen Bebauungsplan für das im Süden von Gindorf gelegene dreieckförmige Gebiet, begrenzt durch die Verlängerung der Morkener Straße im Westen, der Südstraße im Norden und der Provinzstraße im Osten, aufstellen. Ein entsprechender Antrag liegt der Verwaltung schon seit Monaten vor.
- Wir fordern die Abschaffung der sogenannten Wohnraumschutzsatzung in Grevenbroich. Sie ist vermietenfeindlich und greift massiv in die Eigentumsrechte ein. Keine einzige Stadt vergleichbarer Größe im Land Nordrhein-Westfalen hat eine solche Satzung beschlossen und sie hat dort bis dato keinerlei neuen Wohnraum geschaffen. Eine solche bevormundende Satzung ist nicht zielführend und bindet zusätzliches Verwaltungspersonal. Zur Schaffung zusätzlich benötigten Wohnraums hilft es nur, alle Kraftanstrengungen zu bündeln, um schneller mehr Wohnraum in der Stadt Grevenbroich zu schaffen.
- Die Freien Demokraten setzen sich für größtmögliche Gestaltungsfreiheit ein. Deshalb lehnen wir jegliche Bevormundung in Form von Gestaltungssatzungen ab, die restriktiv einem Immobilieneigentümer die äußere Dach- und Fassadengestaltung vorschreibt. Geschmack lässt sich nicht behördlich vorschreiben. Jedem Hausbesitzer sollte freigestellt sein, sein Eigentum nach seinen Vorstellungen zu gestalten.
- Neben der Vergabe neuer Baugrundstücke wollen wir flächendeckend das Nachverdichtungspotenzial in den einzelnen Stadtteilen feststellen lassen, um so Wohnraum in den einzelnen Ortschaften entstehen lassen zu können.

- In größeren Städten gibt es schon heute erste Projekte, in denen Wohnraumkonzepte in Handelsimmobilien integriert wurden. Dort wohnen und leben Menschen bereits in Wohnungen über Discountmärkten. Insbesondere für ältere Bürger wäre dies ein besonderer Vorteil, da sie keine langen Einkaufswege mehr bewältigen müssten. Auf der anderen Seite ergibt sich für den Handel die Möglichkeit, näher an potenziellen Kunden zu sein und Umsatz zu generieren. Aus diesen Gründen setzen wir uns für die Schaffung neuen Wohnraums über existierenden Supermärkten ein.
- Wir stehen unverändert zum „Integrierten Innenstadt-Entwicklungskonzept“ (ISEK), das alle Ratsfraktionen im Januar 2020 neu überarbeitet und gemeinsam beschlossen haben. Dieses entspricht unserem Ziel einer nachhaltigen und attraktiven Innenstadtentwicklung für kommende Generationen. Dabei wurden weitgehend die Wünsche und Anregungen aus der Bürgerschaft sowie der Anrainer berücksichtigt und somit eine größtmögliche Akzeptanz bei allen Bürgern geschaffen, auch im Bewusstsein, dass die im Zuge der Planung vorgestellten verschiedenen Varianten neben vielen Vorteilen auch immer einige Nachteile aufweisen, da die bestehenden baulichen Gegebenheiten einer idealen Neugestaltung Grenzen setzen. Auf alle Fälle wird die Aufenthaltsqualität für Fußgänger verbessert und die Integration des Radverkehrs gestärkt. Der Parkraum im neu konzipierten Straßenraum reduziert sich. Daher regen wir die Schaffung zusätzlicher citynaher Parkflächen an. Bereits 2019 hat die FDP die Nutzung des zentral gelegenen Schützenplatzes als unterjährige Parkfläche beantragt. Dieser für die Grevenbroicher Schützen wichtige Standort für das alljährliche Festzelt liegt an ca. 360 Tagen im Jahr brach und ungenutzt im Zentrum der Stadt. Eine andere Nutzung außer als Parkfläche bietet sich nicht an.
- Wir setzen uns für 24-Stunden-Paketstationen in allen Stadtteilen ein, denn die Arbeitszeiten vieler Grevenbroicher passen nicht zu den Öffnungszeiten der Paketdienstleister. Der Online-Handel befindet sich im stetigen raschen Wachstum. Unmengen von Paketsendungen befinden sich täglich auf dem Weg zu ihren Empfängern. Das belastet die Verkehrsströme und die Umwelt. Oft können Pakete nicht zugestellt werden, da die Empfänger ihrer Arbeit nachgehen oder aus anderen Gründen zu diesem Zeitpunkt nicht zu Hause sind. Hier bieten sich kundenfreundliche und entfernungsnaher 24-Stunden-Paketstationen als nachhaltige Investitionen an.
- Zudem muss die Vorschrift überdacht werden, dass der Bauträger einer Neuimmobilie, die im Zentrum für neuen Wohnraum sorgt, in Zeiten von zunehmenden Leerständen von der Pflicht befreit wird, Geschäftsräume im Erdgeschoss zu schaffen.
- Im Bereich der Straßenbaubeiträge setzen wir uns für eine finanzielle Verbesserung ein. Nach einer Überarbeitung des Kommunalabgabengesetzes werden die Anliegerbeiträge neu gestaffelt und die Höchstbeträge der bisherigen Mustersatzung halbiert. Kein Eigentümer und keine Eigentümerin soll zukünftig mehr durch die Beiträge finanziell überfordert werden. Deshalb führen wir ein bedingungsloses Recht auf Ratenzahlung ein und stellen in einer Härtefallregelung klar, dass auch auf Beiträge gänzlich verzichtet werden kann, wenn dadurch die Existenz des Anliegers gefährdet würde. All diese Maßnahmen zielen auf eine deutliche Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und eine faire Lastenverteilung zwischen Eigentümerinnen und Eigentümern und den Bewohnerinnen und Bewohnern Grevenbroichs insgesamt.

# Mobilität & Verkehr

Unsere Überzeugung ist: Wir brauchen eine Mobilitätswende. Die Belange aller Verkehrsteilnehmer müssen gleichermaßen berücksichtigt und abgewogen werden, damit alle gut, schnell und sicher ihr Ziel erreichen können. Dafür brauchen wir eine bedarfsgerecht ausgebaute und technologieoffene Infrastruktur. Das Straßen- und Radwegenetz muss instandgehalten und, wo notwendig, ausgebaut werden.

- Wir setzen uns für einen ÖPNV-Ausbau in Grevenbroich ein. Wir brauchen einen leistungsfähigen und attraktiven Öffentlichen Nahverkehr, der durch sinnvolle und zielführende Maßnahmen so gestärkt wird, dass er eine echte Alternative ist. Busse und Bahnen sollen auch zu Randzeiten verfügbar sein. Auch wollen wir unbedingt erreichen, dass das Park&Ride Parkhaus am Bahnhof für die Pendler kostenfrei bleibt. Darüber hinaus muss die Stadtverwaltung sich dafür einsetzen, dass die Grevenbroicher Bahnhöfe saniert und modernisiert werden. Bahnhöfe und Bushaltestellen müssen barrierefrei sein. Dies sind Grundvoraussetzungen dafür, dass der Pendlerverkehr auf den Straßen und die damit verbundenen Staus abgebaut werden.
- Die Freien Demokraten unterstützen die Initiative zum Bau einer elektrifizierten S-Bahn nach Düsseldorf ausdrücklich. Um auch die Anbindung nach Köln zu verbessern, fordern wir darüber hinaus, dass der RE 8 ohne Zwischenhalt bis nach Köln-Ehrenfeld fährt, während die RB 27 weiterhin an allen Bahnhöfen auf der Strecke halten soll.
- Zur besseren Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger wollen wir im Rahmen eines Smart Mobility Konzepts „Mobilitätspunkte“ schaffen, die einen sinnvollen und effizienten Umstieg zwischen verschiedenen Transportmitteln ermöglichen – um mit dem Auto zur Haltestelle, mit dem Bus in die Innenstadt und mit dem E-Scooter zum Zielort zu kommen. Die Möglichkeiten der Digitalisierung müssen auch im ÖPNV genutzt werden, beispielsweise bei digitalen Bezahlssystemen und der Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern. Parkplatzsuchverkehr wollen wir durch den Einsatz digitaler Systeme verringern.
- Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass Carsharing eine Zukunft auch in Grevenbroich hat. Der Sharing-Gedanke wird sich in den kommenden Jahren innerhalb der Bevölkerung weiter verstärken und zu erhöhter Nachfrage nach entsprechenden Angeboten führen. Weil ein erster Versuch nicht den erhofften Erfolg gehabt hat, darf man nicht zu dem Schluss kommen, dass Carsharing generell in mittelgroßen Städten nicht erfolgreich betrieben werden könne. Die Stadt Grevenbroich muss deshalb nun alle Kraftanstrengungen dahingehend unternehmen, um ein attraktives und wirtschaftlich zu betreibendes Modell in unserer Stadt anzubieten.
- Individuelle Transportkonzepte wie Bürgerbusse, Rufbusse oder eine Kombination von Personen- und Gütertransporten, die auf die Bedürfnisse Grevenbroichs abgestimmt sind, wollen wir fördern.

- Einen entscheidenden Beitrag für einen wirksamen Klimaschutz muss der Verkehrssektor liefern. Wir setzen uns deswegen für eine Umrüstung kommunaler Fahrzeuge und der Fahrzeuge des ÖPNV auf emissionsarme Antriebssysteme ein. Die dafür zur Verfügung stehenden Fördermittel von Bund und Land müssen in Anspruch genommen werden. Wir setzen auch auf die Förderung und Weiterentwicklung des autonomen Fahrens als Technologie der Zukunft. Ein Beispiel könnten autonom fahrende E-Busse wie im inneren Stadtbezirk von Monheim sein. Das Vorhandensein einer gut ausgebauten Ladesäulen-Infrastruktur trägt zur Akzeptanz der E-Mobilität bei. Dafür wollen wir uns einsetzen. Fahrverbote wollen wir durch geeignete Maßnahmen vermeiden.
- Die Kehrtwende des amtierenden Bürgermeisters Klaus Krützen in puncto L 361n ändert nichts daran, dass der Durchgangsverkehr in Wevelinghoven und Kapellen deutlich und spürbar reduziert werden muss. Dies geht aus unserer Sicht nur mit der geplanten L 361n. Die vom Bürgermeister ins Spiel gebrachte Alternative ist nicht sinnvoll, da sie kaum Entlastungswirkung entfalten würde. Um eine solide ökologische Folgeabschätzung vornehmen zu können, sollte zunächst die Umweltverträglichkeitsprüfung abgewartet werden. Das Ziel muss sein, die ökologische Belastung so gering wie möglich zu halten, aber die vom Lärm geplagten Menschen in Wevelinghoven und Kapellen so weit wie möglich zu entlasten. Selbstverständlich werden wir aber alle auf dem Tisch liegenden konkreten Vorstellungen prüfen.
- Die geplante Umwandlung der Realschule mitten im Wevelinghovener Wohngebiet Am Heyerweg in eine Gesamtschule würde eine Fast-Verdoppelung der Schülerzahl mit sich bringen und dadurch auch die schon heute immensen Verkehrsprobleme massiv verstärken. Dies ist eine sehr hohe Belastung für die Anwohner, insbesondere was die Verkehrssituation rund um Schulbusse und Eltern-Taxis betrifft. Hinzu kommen die neue KiTa auf der Birkenstraße sowie das benachbarte Neubaugebiet An Mevissen. Das Gebiet platzt schon heute aus allen Nähten - die von uns geforderte Verlagerung des Schulbetriebs an die Bergheimer Straße wird eine spürbare Entlastung mit sich bringen.
- In Bezug auf die Verkehrssituation in Kapellen, aber auch in Wevelinghoven, unterstützen wir die Bemühungen der Stadt Grevenbroich, im Dialog mit Straßen NRW ein LKW-Durchfahrtsverbot und eine Reduktion des Geschwindigkeitslimits zu erwirken. Dies würde, völlig unabhängig von der Fragestellung der L 361n, alle Betroffenen spürbar entlasten.

## Umwelt & Klima

Umwelt- und Klimaschutz sind Aufgaben, die die ganze Menschheit betreffen. Zugleich betreffen sie aber auch unmittelbar die Lebensqualität bei uns vor Ort in Grevenbroich. Wir Freien Demokraten setzen dabei vor allem auf den Einsatz und die Weiterentwicklung moderner Technologien für den ressourcenschonenden Umgang mit der Umwelt. Wir stehen für einen technologieoffenen Ansatz nach der Prämisse „Erfinden statt Verhindern“.

Wir wollen das Klima wirksam schützen. Statt auf Symbolpolitik, wie das Ausrufen des „Klimanotstands“, setzen wir auf ganz konkrete Innovationen und Maßnahmen, die das Klima schützen und den CO<sup>2</sup>-Ausstoß mindern.

- Der Erhalt von wohnortnahen Naturräumen ist ein wesentlicher Faktor, damit Grevenbroich weiterhin ein Ort mit hoher Lebens- und Erholungsqualität ist. Wir setzen uns für eine Förderung der Biodiversität ein. Wir wollen dazu die verfügbaren Förderprogramme des Landes nutzen und auf kommunalen Flächen wirksame Maßnahmen voranbringen, die dazu beitragen, dass sich möglichst viele verschiedene Tier- und Pflanzenarten dort ansiedeln.
- Umweltschutz beginnt bei jedem Einzelnen von uns. Um den Umweltschutz in Grevenbroich erlebbar zu machen, sollen die von der Stadt eingeführten Baumpatenschaften noch intensiver beworben werden. Wir möchten, dass eine Urkunde oder eine Plakette an Bäume in Patenschaft angebracht wird, damit das Engagement der Paten nach außen hin sichtbar ist und die Aufmerksamkeit weiterer Interessenten auf sich zieht.
- Wir halten an unserem Ziel fest, durch die Bepflanzung der Dächer von Grevenbroicher Bushaltestellen einen positiven Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt und zum kommunalen Klimaschutz zu leisten. Eine Option wäre, hierfür beispielsweise Sedum-Pflanzen zu verwenden. Diese Pflanzenart wird nicht nur von Bienen und Hummeln besonders gerne angeflogen. Sie ist auch sehr robust und hält längere Trockenphasen aus. Außerdem kann durch die Bepflanzung die Luftqualität verbessert und Feinstaubpartikel aus der Luft gefiltert werden. Ein weiterer positiver Effekt entsteht durch die optische Aufwertung des Stadtbildes durch begrünte Bushaltestellendächer.
- Schon heute steht fest, dass die Erft bis 2030 renaturiert wird. In Wevelinghoven wird sie ihr jetziges Bett verlassen und in Mäandern durch die Landschaft fließen. Der Vitusgraben mit dem Postkartenmotiv auf der Straße „Am Wehr“ wird dann kein Wasser mehr führen. Wir wollen eine breite Debatte mit Bürgerbeteiligung darüber anstoßen, wie Wevelinghoven nach der Renaturierung der Erft aussehen könnte und haben einen konkreten Ansatzpunkt: Das Flussbett des Turia in Valencia - eine Naherholungszone, die sich wie eine grüne Lunge durch die spanische Großstadt zieht. Neben Parkflächen findet man dort beispielsweise auch kleine Fußballfelder, Spielplätze, Cafés und Kletterbereiche. Auch wenn das Turia-Flussbett in Valencia deutlich länger und breiter ist als die Erft in Wevelinghoven, so kann es dennoch als Inspiration für eine Neugestaltung unserer Erft dienen.
- Wir fordern eine Neuaufnahme der Gespräche mit RWE zum Projekt der schwimmenden Photovoltaikanlagen auf dem Neurather See. Wir dürfen uns nicht wundern, wenn der große Energiekonzern in unserer Stadt uns schneller den Rücken zukehrt als uns lieb ist, wenn wir nicht ernsthaft über innovative Ideen mit ihm ins Gespräch gehen. Den Gestaltungswillen hin zu erneuerbaren Energien müssen wir vor Ort selbst aufbringen.

- Mit einem kommunalen Konzept zur effizienten Nutzung erneuerbarer Energien – beispielsweise der Installation von Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden – wollen wir einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.
- Wir fordern eine spürbare Aufwertung des Stadtparks Wevelinghoven, der sich seit der Verwüstung durch den Pfingststurm Ela in einem unansehnlichen Zustand befindet. Wir benötigen hier ein entsprechendes Konzept zur Aufwertung. Dazu gehört für uns auch, dass die im Stadtpark befindlichen Überreste der Burg Lievendal optisch als Kulturdenkmal hervorgehoben und aufgewertet werden, beispielsweise auch mit Infotafeln zu den historischen Hintergründen.
- Wir unterstützen die Stadtverwaltung bei ihrer Strategie der Ausweisung sogenannter Tabuzonen auf Friedhöfen. Hierbei handelt es sich um Flächen, auf denen keine weiteren neuen Bestattungen mehr vorgenommen werden sollen. Dies hat zur Folge, dass in diesen Zonen perspektivisch keine Gräber mehr sein werden. Somit entstehen parkähnliche Flächen, die nicht mehr per Hand gepflegt werden müssen, sondern als größere zusammenhängende Fläche bearbeitet werden können. Dadurch wird die Friedhofsanlage zum Zwecke der Naherholung verschönert und die Friedhofsgebühren sinken aufgrund des reduzierten Pflegeaufwands.
- Wir fordern ein Friedhofshallenkonzept für Grevenbroich, das für jede einzelne Friedhofshalle des Stadtgebiets eine strategische Zielsetzung festlegen soll. Die Trauerhallen sind der entscheidende Kostentreiber im Friedhofswesen. Insbesondere die kalkulatorischen Kosten sind enorm hoch und können bei einer Beendigung der Nutzung deutlich reduziert werden. Bisher wurde jedoch noch nicht ermittelt, welche der noch in der Nutzung befindlichen Trauerhallen dauerhaft verlustträchtig sind. Für diese muss die zukünftige Nutzung diskutiert werden und der Stadtverwaltung muss ein klarer Handlungsrahmen vorgegeben werden.
- Wir setzen uns für eine möglichst große Wahlfreiheit der Bestattungsformen auf allen Friedhöfen im Stadtgebiet ein. Voraussetzung ist, dass entsprechende Flächen vorhanden sind und die Kosten so überschaubar bleiben, dass eine Nachfrage generiert werden kann. Wir wollen Flächen für einen Mensch-Tier-Friedhof zur Verfügung stellen. Auch Memoriam-Gärten stehen wir sehr positiv gegenüber.

# Sicherheit & Ordnung

Grevenbroich muss ein sicherer Ort sein. Wir akzeptieren keinerlei verbale oder körperliche Gewalt. Diese muss verhindert beziehungsweise aktiv bekämpft werden. Hierbei setzen wir auch auf die Mithilfe aufmerksamer Bürgerinnen und Bürger, die mit Zivilcourage handeln.

- Sicherheit entsteht nicht nur durch Maßnahmen, die das subjektive Sicherheitsgefühl stärken, sondern ganz konkret auch durch eine gute Aufstellung und Ausrüstung der Polizei. Die Freien Demokraten begrüßen deswegen die Ausweitung der Polizeianwärterinnen- und –anwärterstellen auf 2.500 sowie die bessere Ausstattung der Polizei durch die Landesregierung. Denn nur eine gut aufgestellte und ausgestattete Polizei kann für mehr Sicherheit sorgen.
- Sicherheit ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Bei der Sicherung des öffentlichen Raums setzen wir deshalb auf Ordnungspartnerschaften, also die verstärkte Zusammenarbeit von Polizei und Ordnungsamt. So wollen wir verhindern, dass Angsträume entstehen. Dafür setzen wir uns auch für eine verbesserte Beleuchtung an diesen Orten ein. Durch eine entsprechende Anpassung von Straßen, Wegen, Unterführungen und Plätzen wollen wir bestehende Gefahrenpunkte beseitigen und verhindern, dass neue entstehen. Eine Videobeobachtung wollen wir nur dann an Kriminalitätsschwerpunkten ausweiten, wenn die Sicherheit an dieser Stelle absehbar erheblich verbessert wird und das schnelle Eingreifen der Polizei auch sichergestellt ist.
- Eine wichtige Voraussetzung, um sich vor Ort sicher zu fühlen, ist das Vertrauen, dass im Ernstfall schnell Hilfe kommt. Wir setzen uns deswegen dafür ein, haupt- und ehrenamtliche Feuerwehren sowie die Hilfsdienste des Katastrophenschutzes zu stärken und bedarfsgerecht auszustatten. Denn eine gute Ausstattung ist nicht zuletzt auch Ausdruck der großen Wertschätzung für das Ehrenamt im Bereich des Feuer- und Katastrophenschutzes. Ebenso gehört auch die Unterstützung zur Rekrutierung junger Nachwuchskräfte dazu.
- Die Freien Demokraten verurteilen verbale oder gar gewalttätige Angriffe auf Rettungs- und Einsatzkräfte. Wir unterstützen deswegen Kampagnen für mehr Respekt gegenüber Rettern und Einsatzkräften.